

02/2023

fdplus

**Machen, was
wichtig wird.**

BUNDESPARTEITAG

Wachstum und Innovationen
für unsere Zukunft

CHINAPOLITIK

Von strategischem Weitblick
und diplomatischer Klugheit

LANDTAGSWAHLEN

Die Spitzenkandidaten
im Steckbrief



LIBERALES WISSEN IN IHRER HAND.

Liberalismus neu denken, um ihn für die Zukunft zu wappnen: Mit Expertise aus Politikberatung und Wissenschaft findet die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit Antworten zu einem weiten Themenspektrum von Gesellschaft, internationaler Politik, Sozialer Marktwirtschaft, Wohlstand, Digitalisierung und Nachhaltigkeit.

Entdecken Sie weitere
Publikationen auf
freiheit.org/publikationen



MACHEN, WAS WICHTIG WIRD.



Navina Knoke
Managerin Digitale Kommunikation
der FDP-Bundesgeschäftsstelle

Liebe Leserinnen und Leser,
der erste Parteitag ohne Coronabeschränkungen liegt hinter uns. Die 662 Delegierten haben wichtige Personalentscheidungen getroffen und einen neuen Bundesvorstand gewählt. Es waren drei Tage voller persönlicher Begegnungen und inhaltlicher Debatten, die in ihrer Themenvielfalt eines gezeigt haben: Wir Freie Demokraten wollen gestalten. Wir wollen das Fundament unseres Wohlstands neu legen – für eine freie, moderne, digitale und klimaneutrale Zukunft.

Das diesjährige Motto unseres Bundesparteitags ist zugleich Auftrag für diese Ausgabe der fdplus. Wir wollen keinen Rückblick geben, sondern den Ausblick auf die politischen Entscheidungen und Leitlinien der Arbeit in Partei und Parlamenten eröffnen – eben auf das, was wichtig wird.

Neben dem Schwerpunkt zum Bundesparteitag finden unter anderem zwei der drängendsten außen-

politischen Themen dieser Tage Platz in der fdplus: Die Herausforderung, vor die China unser politisches System stellt, und die Antworten, die wir darauf finden müssen, skizziert Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué. Michael Link berichtet von den Wahlen in der Türkei und welche Auswirkungen sie auf das Verhältnis zur EU haben.

Nach der Bürgerschaftswahl in Bremen schauen wir in die Bundesländer Bayern und Hessen, wo im Oktober gewählt wird. Was unsere Spitzenkandidaten Martin Hagen und Dr. Stefan Naas bewegt und prägt, lesen Sie ebenfalls in diesem Heft.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß bei der Lektüre.

Ihre

Navina Knoke

05 MELDUNGEN

06 WACHSTUM UND INNOVATIONEN ALS GRUNDSTEIN FÜR UNSERE ZUKUNFT

Bijan Djir-Sarai über die zentralen Beschlüsse und Wahlen des 74. Ord. Bundesparteitags

08 PARTEITAGSBESCHLÜSSE: EINE AUSWAHL

10 UNSER WERTEKOMPASS

Was uns Freie Demokraten durch die politische Gegenwart navigiert

12 UNSER SPITZENKANDIDAT FÜR BAYERN

Martin Hagen im Steckbrief

13 UNSER SPITZENKANDIDAT FÜR HESSEN

Dr. Stefan Naas im Steckbrief

14 UNSER BUNDESVORSTAND

Präsidium und Bundesvorstand auf einem Blick

16 FRAKTIONS-NEWS

Gebäudeenergiegesetz, Kindergrundsicherung und Fachkräfteeinwanderungsgesetz

18 WIR MACHEN TEMPO BEIM INFRASTRUKTURAUSBAU

Wie ein Gesetz zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren im Verkehrsbereich das Land verändern kann

21 VON CHANCENGLEICHHEIT KONNTE KEINE REDE SEIN

Michael Link über die Wahlen in der Türkei und ihre Auswirkungen

22 EUROPÄISCHE DEPESCHE

Unsere fünf FDP-Abgeordneten im EU-Parlament berichten über aktuelle Themen aus Europa

24 JA ZU DE-RISKING, NEIN ZU DE-COUPLING

Wie Deutschland China mit strategischem Weitblick und diplomatischer Klugheit begegnen sollte

26 EIN MEILENSTEIN AUF DEM WEG ZUR DIGITALISIERTEN VERWALTUNG

Wie eine digitale Plattform 200.000 Arbeitsstunden einspart

27 GELESEN

Was auf dem Lesestapel von Freien Demokraten landet

MELDUNGEN



Foto: Laurence Chaperon

01 DANKE NICOLA BEER

Sie war Generalsekretärin, sie war stellvertretende Parteivorsitzende, sie ist Vizepräsidentin des EU-Parlaments, sie soll Vizepräsidentin der Europäischen Investitionsbank werden. Nicola Beer engagiert sich seit 1988 zunächst bei den Jungen Liberalen und ab 1991 bei den Freien Demokraten. Sie wurde 2013 Generalsekretärin der FDP und war maßgeblich am Wiederaufbau der Partei beteiligt. Ab 2019 war sie stellvertretende Bundesvorsitzende. Beim 74. Ord. Bundesparteitag kandidierte Beer nicht erneut für dieses Amt, denn sie wurde für eine wichtige Funktion in der Europäischen Investitionsbank vorgeschlagen. Für ihre neue Aufgabe wünschte FDP-Chef Christian Lindner ihr „Fortune und allen Erfolg“.

02 DIGITALER EUROPA-PROGRAMMKONVENT

Im nächsten Jahr finden die Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Bei der Arbeit an unserem Europa-Wahlprogramm setzen wir wieder auf unsere Mitglieder. Unser digitaler Programmkonvent am Sonntag, dem 18. Juni, gibt hierfür den Startschuss. Bringen Sie Ihre Ideen ein und diskutieren Sie gemeinsam mit den Vertretern der Programmkommission Kernforderungen für die Europawahl 2024. Für eine unkomplizierte und bürgernahe EU: Europa. Einfach. Machen. Alle Informationen zu Anmeldung und Ablauf des digitalen Programmkonvents finden Sie auf fdp.de/europakonvent.



03 WAHLERFOLGE IM NORDEN

Schleswig-Holsteins Bürgerinnen und Bürger haben die Gemeinde- und Kreisvertretungen im Land gewählt. Die FDP ist zufrieden mit dem Wahlergebnis – es ist eines der besten Kommunalwahlergebnisse der letzten Jahrzehnte für die Freien Demokraten in Schleswig-Holstein. In den Gemeinden Hennstedt (54,2 Prozent), Marne (33,5 Prozent) und Quickborn (32,1 Prozent) sind die Freien Demokraten gar stärkste Kraft geworden. Der FDP-Landesvorsitzende Oliver Kumbartzky erklärte: „Das alles motiviert uns, im Landtag eine auffällige Opposition zu sein und mit vielen Mandatsträgern im ganzen Land für die liberale Sache zu streiten.“



Foto: FDP Hennstedt



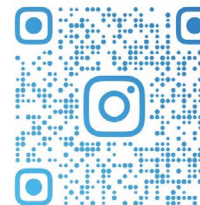
/FDP



/FDP



@fdp



@fdp

Herausgeber: FDP-Bundespartei | CvD: Navina Knoke | Redaktion: Petra Horstick, Wulf Oehme, René Richtscheid, Constantin Mitschelen | Anschrift: Hans-Dietrich-Genscher-Haus, Reinhardtstraße 14, 10117 Berlin, E-Mail: cvd@fdplus.de | Verlag, Gestaltung und Gesamtherstellung: Universum Kommunikation und Medien AG, Reinhardtstraße 16, 10117 Berlin | Anzeigen: info@fdplus.de | Die fdplus erscheint viermal im Jahr und wird für die FDP-Mitglieder im Rahmen der Mitgliedschaft ohne Erhebung eines besonderen Bezugspreises geliefert. Jahresbezugspreis sonst 20 Euro inkl. MwSt. und Versand | Redaktionsschluss: 5. Mai 2023.



WACHSTUM UND INNOVATIONEN LEGEN DEN GRUNDSTEIN FÜR UNSERE FREIE UND DIGITALE ZUKUNFT

Drei Tage volles Programm beim 74. Ordentlichen Bundesparteitag der Freien Demokraten: Zentrale Beschlüsse stärken den liberalen Markenkern. Die Delegierten wählen ein starkes Team für Deutschland und Europa.



Bijan Djir-Sarai
FDP-Generalsekretär

Wir haben das Jahr 2023 zum Jahr des Gestaltens ausgerufen, das unser Land in eine Phase des politischen Aufbruchs führen soll. Wir wollen eine Fitnesskur für Deutschland und machen, was wichtig wird. Das unterstreicht der auf unserem Parteitag beschlossene Leittrag „Ja zu mehr Wohlstand – Nutzen wir die Energie der Krisenbewältigung für ein ambitioniertes Innovations- und Wachstumsprogramm“ nachdrücklich. Die Freien Demokraten sagen ja zu Wachstum, ja zu Forschung und Innovationen, ja zu stabilen Staatsfinanzen, ja zu weniger Belastungen für die arbeitende Mitte, ja zu Marktwirtschaft und Freihandel sowie einem Klimaschutz, der Technologieoffenheit einschließt, anstatt auf Verbote zu setzen. Nur Wachstum und Innovationen werden dafür sorgen, dass wir die vor uns liegenden Herausforderungen meistern können. Wohlstand ist auch für Deutschland kein Naturgesetz, er muss verdient werden.

EINE NACHHALTIGE FINANZPOLITIK UND SINNVOLLE INFLATIONSBEKÄMPFUNG

Der Bundesvorsitzende und Finanzminister Christian Lindner hat die aktuellen politischen und ökonomischen Herausforderungen in den großen, weltweiten Kontext gestellt. Doch zentral war auch für ihn die Prämisse: Die Politik muss neu lernen, mit dem Geld auszukommen, das die Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung stellen. Das sei ein Gebot auch zur Bekämpfung der Inflation. „Wenn Staaten auf Pump weitere Ausgaben beschließen, konterkarieren sich Geld- und staatliche Finanzpolitik, dann wird die Inflation nicht bekämpft“, so Christian Lindner. Oberste Priorität müsse haben, die Inflation zu überwinden, denn sie sei ein Verarmungsprogramm für die breite Mitte der Gesellschaft. Und sie hindere die Wirtschaft an notwendigen Investitionen.

ZUKUNFTSSTANDORT DEUTSCHLAND

Als Freie Demokraten sind wir überzeugt davon: Deutschland braucht nun auch eine Zeitenwende in der Standortpolitik. Das umfasst aus unserer Sicht Steuersenkungen, eine zukunftsfeste Energiepolitik, mehr Digitalisierung und weniger Bürokratie, die Modernisierung der Infrastruktur in allen Bereichen und den Ausbau des internationalen Handels. Wenn wir den Standort Deutschland fit für die Zukunft machen wollen und Klimawandel als globale Herausforderung annehmen, dann braucht es mehr Markt und nicht weniger. Unser Standort muss vor

Cyberattacken geschützt werden, ebenso die digitale Infrastruktur. In Zeiten des Krieges in der Ukraine und vor dem Hintergrund des weltweiten Erstarkens von Diktaturen und Autokratien müssen wir uns dieser Gefährdung entschlossen entgegenstellen. Ins Zentrum des Leittrags haben wir alle Themenbereiche gestellt, die als „Innovationsbooster“ dazu geeignet sind, die Zukunft des Standortes Deutschland und den Wohlstand der Bürgerinnen und Bürger zu sichern. Wir dürfen nicht den Fehler machen, die Erforschung von Hochtechnologien weiter zu bremsen und die Chancen am Markt, die sie bieten, somit zu verschlafen. Das gilt für Kernfusion, Gentechnik, Wasserstoffforschung, CO₂-Speicherung oder auch die Raumfahrt. Warum sollte es eigentlich nicht wieder unser Anspruch sein, Weltmarktführer bei Innovationen und technologischem Fortschritt zu sein?

UNSER VERSPRECHEN: AUFSTIEG DURCH BILDUNG

Die Notwendigkeit zur Modernisierung hat der Bundesparteitag der Freien Demokraten auch mit einem Antrag zur Bildungspolitik programmatisch unterstrichen. Bereits im Vorfeld waren die „Bremer Forderungen für eine konsequente Modernisierung des Bildungssystems in Deutschland“ mittels einer Online-Abstimmung zum Mitgliederantrag des diesjährigen Parteitags gewählt worden. Das verdeutlicht den hohen Stellenwert, der den Themen Bildung und Ausbildung in unserer Partei zugeschrieben wird. Aufstieg durch Bildung – das ist das Versprechen, welches wir geben. Von der Kita über die Schule und die Hochschule bis zur beruflichen Bildung bleibt unser Anspruch: weltbeste Bildung! Wir wollen ein Bildungssystem, das die Chancen und Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen ins Zentrum stellt. Jeder junge Mensch soll sein volles Potenzial nutzen und seine Talente ausschöpfen können, für ein selbstbestimmtes, unabhängiges Leben. Dazu bedarf es einer ganzheitlichen Betrachtung und umfassenden Ansätzen: Ob – zum Beginn der Bildungsbiografie – beim Startchancenprogramm unserer Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger, beim Bekenntnis zur beruflichen Bildung als tragender Säule eines starken Mittelstands oder beim Thema mehr Autonomie für die Bildungseinrichtungen und verbindliche Bildungsstandards, die auch evaluiert werden. Auch bei Bildung und Ausbildung nehmen die Herausforderungen vor dem Hintergrund des internationalen Wettbewerbs zu. Wir sind es den Kindern und jungen Erwachse-

nen schuldig, uns dem zu stellen und die bestmöglichen Bildungsangebote zu schaffen.

EIN STARKES TEAM FÜR DEUTSCHLAND UND EUROPA

Mit dem 74. Ordentlichen Bundesparteitag haben sich die Freien Demokraten auch personell neu aufgestellt. Präsidium und Bundesvorstand wurden neu gewählt. Allen gewählten Kolleginnen und Kollegen an dieser Stelle noch einmal herzlichen Glückwunsch. Auf gute, konstruktive Zusammenarbeit! Mit der Empfehlung für Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann als designierte Spitzenkandidatin für die Europawahl im kommenden Jahr haben die Freien Demokraten eine wichtige Entscheidung getroffen und ein starkes Zeichen gesetzt: Für uns ist Europa nicht nur etwas, das nebenher mitläuft. Für uns ist und bleibt Europa ein Garant für Frieden, Freiheit und Stabilität. Für

das aufrichtige Bekenntnis zu Europa steht Marie-Agnes Strack-Zimmermann. Mit ihr wird die FDP eine starke Ausgangsposition im Europawahlkampf haben.

Die kämpferischen Reden unserer beiden Spitzenkandidaten Martin Hagen und Dr. Stefan Naas für die anstehenden Landtagswahlkämpfe in Bayern und Hessen haben auf dem Parteitag zu Recht begeistert. Beide haben bewiesen, dass es eine echte Alternative zu den ambitionslosen Regierungen in beiden Bundesländern gibt, und damit Kampfgeist und Zuversicht verbreitet. In Bremen haben die Freien Demokraten um Thore Schäck mit einem engagierten Wahlkampf den Wiedereinzug in Fraktionsstärke in die Bürgerschaft gesichert und damit ihr Wahlkampfziel erreicht.

Lassen wir uns von dieser Zuversicht anstecken und machen wir, was wichtig wird für Deutschland und Europa! ■

DAS WAR DER 74. ORDENTLICHE BUNDESPARTEITAG

In Bildern:



Als Video:



Als Bericht:



PARTEITAGSBESCHLÜSSE: EINE AUSWAHL

STRATEGISCHER RAHMEN FÜR DIE ENERGIEVERSORGUNG IN DEUTSCHLAND

Wir Freie Demokraten wollen eine langfristig sichere Energieversorgung für unser Land. Energie muss bezahlbar für Menschen und Unternehmen, international wettbewerbsfähig, natur- und ressourcenschonend sowie klimafreundlich sein. Dafür brauchen wir eine substanzielle und ideologiefreie Ausweitung des Energieangebots. Technologien wie CCS und CCU oder blauer Wasserstoff bieten große

Chancen. Es war auch aus Klimaschutzgründen ein Fehler, die verbliebenen deutschen Kernkraftwerke abzuschalten. Die Möglichkeit einer Reservehaltung und vorübergehenden Wiederinbetriebnahme bei Bedarf sollte geprüft werden. Für die Zukunft wollen wir uns die Option der Kernenergie offenhalten – ob durch Kernfusion oder durch neue und sichere Formen der Kernspaltung (Small Modular Reactors oder Flüssigsalzreaktoren). Mit Innovation und Technologie sowie markt- und privatwirtschaftlichen Instrumenten (z.B. ETS) wollen wir die Treibhausgasemissionen senken.



MODERN, LEISTUNGSFÄHIG, AUSGEWOGEN UND TRANSPARENT – REFORMSCHRITTE FÜR EINEN GLAUBWÜRDIGEN ÖFFENTLICH-RECHTLICHEN RUNDfunk

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk (ÖRR) soll sich auf seinen Marken- und Wesenskern konzentrieren: Bildung und Information. Unterhaltungsangebote wollen wir dem ÖRR nicht absprechen, diese sollen

aber entsprechend des Kernauftrags ausgestaltet und zurückgefahren werden. Das bedeutet auch, dass es bei den Übertragungsrechten von Massensport-Veranstaltungen keinen Überbietungswettbewerb mit privaten Sendern geben darf. Künftig soll zwischen dem nationalen und dem regional ausgerichteten ÖRR-Auftrag unterschieden werden. Das ZDF und das überregionale Angebot der ARD sollen einschließlich der Spartenkanäle zusammengeführt werden. Das Gebot der Verschlinkung gilt auch für den Hörfunkbereich.



EINHALTUNG VON DEMOKRATIE, FREIHEIT UND MENSCHENRECHTEN IM IRAN

Das Mullah-Regime geht nicht erst seit den Protesten gegen den gewaltsamen Tod von Jina Mahsa Amini mit brutaler Gewalt gegen regimekritische Demonstrantinnen und Demonstranten vor. Für uns Freie Demokraten ist deshalb klar: Wir stehen fest

an der Seite der iranischen Freiheitskämpferinnen und Freiheitskämpfer. Wir fordern die weltweite Ächtung und Isolation des Mullah-Regimes. Die Revolutionsgarden sind eine Terrororganisation und müssen auf die Sanktionsliste der EU gesetzt werden. Nicht-Deutsche, die der Unterdrückung und der politischen Verfolgung anderer durch das iranische Regime Vorschub leisten, müssen Deutschland verlassen.

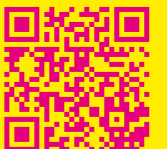


DIE SITUATION VON ENDOMETRIOSE-BETROFFENEN VERBESSERN

Endometriose ist eine schwere Erkrankung, bei der Zysten und Entzündungen auftreten können. Diese Krankheit betrifft 10 bis 15 Prozent aller Frauen. Die Ursache ist noch nicht wissenschaftlich geklärt. Bundesweit sind ca. 2 Millionen Menschen erkrankt und jährlich werden 40.000 Neudiagnosen gestellt. Durch die Beschwerden haben die Betroffenen er-

hebliche Einschränkungen im Alltag. In den letzten 20 Jahren sind bundesweit nicht einmal 500.000 Euro zur Erforschung ausgegeben worden. Unter dem FDP-geführten Bundesforschungsministerium steigt der Forschungsetat im Laufe der nächsten vier Jahre auf 20 Millionen Euro. Hierauf wollen wir aufbauen und unter anderem eine nationale Strategie gegen Endometriose mit konkreten Handlungsfeldern und Projekten etablieren.

Alle Beschlüsse des 74. Ord. Bundesparteitags finden Sie unter:



UNSER WERTEKOMPASS

AUS ÜBERZEUGUNG FÜR FREIHEIT, WOHLSTAND UND SICHERHEIT



Christian Lindner
FDP-Bundesvorsitzender &
Bundesminister der Finanzen

Deutschland steht vor Herausforderungen von historischer Tragweite: Vielfältige Krisen wie der Klimawandel, Krieg in Europa und Inflation treffen auf die Notwendigkeit, unser Land sowie unsere Wirtschaft für die Zukunft zu stärken. Dies gelingt einzig mit einem klaren Wertekompass, der uns Freie Demokraten zielgerichtet durch die Witterungen der politischen Gegenwart navigiert.

1 DIE FREIHEIT ALS RICHTMAß ALLER ENTSCHEIDUNGEN

In diesem Jahr feiern wir das 75. Jubiläum unserer stolzen Freien Demokratischen Partei. Die Präambel der im 1948 beschlossenen Gründungsproklamation hält einen Grundwert unserer Partei fest, der bis heute keinesfalls an Relevanz verloren hat: Freiheit als Richtmaß aller Entscheidungen.

Während der Pandemie wurde erkennbar, wie gering der Wert der Freiheit in Deutschland gelegentlich geschätzt und von vielen als Selbstverständlichkeit erachtet wird. Präventive Eingriffe der Politik in die Bürgerrechte der Menschen belegten das fehlende Vertrauen vieler Regierenden in den Einzelnen und dessen Fähigkeit, Verantwortung für das eigene Leben und die Gesundheit zu übernehmen. Es ist unser Verdienst als Freie Demokraten, dass mit dem Regierungswechsel eine andere, liberalere, an der Freiheit und den Bürgerrechten orientierte Pandemiepolitik eingeleitet wurde.

Zweifellos ist auch der heldenhafte Widerstand der Ukrainerinnen und Ukrainer gegen Russlands brutalen Angriffskrieg ebenso ein Kampf für all das, was uns heilig ist: das Recht auf Selbstbestimmung in Frieden und Freiheit. Deshalb verdient die Ukraine Solidarität nicht nur

aus Mitmenschlichkeit, sondern auch in unserem wohlverstandenen eigenen Interesse. Die Ukraine kann sich darauf verlassen, dass wir an ihrer Seite bleiben.

2 DAS ERWIRTSCHAFTEN DES WOHLSTANDS KOMMT VOR DEM VERTEILEN

Selbstverständlich haben die Krisen der jüngsten Vergangenheit und die Bekämpfung ihrer Symptome einen Einfluss auf den augenblicklichen finanzpolitischen und ökonomischen Zustand unseres Landes. Aber viel entscheidender ist etwas anderes: Wir werden im nächsten Jahr zum ersten Mal aller Voraussicht nach über mehr als 1 Billion Euro an Steuereinnahmen verfügen. Dies wird dennoch nicht ausreichen, um bestehende gesetzliche Verpflichtungen zu finanzieren.

Fortwährend neu beschlossene, nicht nachhaltig finanzierte Leistungen vergangener Regierungen unter CDU-Führung holen uns mittlerweile wieder ein. Samt einer erhöhten Schuldenlast entgehen uns so wichtige Mittel für Investitionen in Bildung oder Digitalisierung, in die Modernisierung der Infrastruktur, den Ausbau sozialer Sicherung und die Entlastung der Bürgerinnen und Bürger. Es ist aus diesem Grund maßgebend, dass die Politik wieder lernt, dass das Erwirtschaften des Wohlstands wieder wichtiger sein muss als das Verteilen.

Das bedeutet auch, dass wir unser wirtschaftliches Fundament stärken müssen. Wir tun das, indem wir die Bremsen für Wachstum in unserem Land benennen und an ihnen arbeiten: Dazu gehören Fachkräfteeinwanderung, Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren für die Infrastruktur und steuerliche Anreize, um die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land zu stärken.

3 MIT UNS WIRD ES KEINE STEUER- ERHÖHUNGEN GEBEN

Fortwährend prüfen wir Möglichkeiten zur Entlastung der Menschen und Unternehmen. Dabei verfolgen wir nicht die Ideen, die sich beispielsweise Grüne und neuerdings gar die CDU zu eigen machen: Entlastungen einzelner Einkommensgruppen, finanziert durch Mehrbelastungen für sogenannte Spitzenverdiener.

Dazu habe ich eine ganz klare Meinung: Einerseits glaube ich, dass für Mittelstand, Handwerk und Fachkräfte sowie die klugen Köpfe und fleißigen Hände, die wir nach Deutschland einladen wollen, Steuererhöhungen ein falsches Signal wären. Aber vor allen Dingen betrachte ich es als schlicht ungerecht, wenn jemand mehr abgeben soll, als ihm von den Ergebnissen seiner Leistung zusteht. Dies wäre mit den Vorschlägen unserer politischen Wettbewerber gegeben. Umso bedeutsamer ist die eindeutige Haltung Freier Demokraten, dass es mit uns keine Steuererhöhungen geben wird.

4 KLIMASCHUTZ – WIRTSCHAFTLICH UND SOZIAL

Deutlich ist auch unsere Haltung bei der Bekämpfung des Klimawandels: Es steht außer Frage, dass wir unsere Klimaziele erreichen müssen. Und doch wurde in den vergangenen Monaten erkennbar, dass wir gerade im Vergleich zu den politischen Mitstreitern ein unterschiedliches Verständnis dafür haben, wie diese zu erreichen sind. Bei Union und Grünen sind die Rufe nach planwirtschaftlichen Maßnahmen erkennbar zu hören. Wir Freie Demokraten sind davon überzeugt, dass der Staat einzigen Ordnungsrahmen für die Erreichung der Klimaziele vorgeben sollte – der Markt aber entscheidet, wie diese effizient und wirtschaftlich erreicht werden.

Wenn wir das Ziel der Treibhausgasneutralität 2045 erreichen wollen, ist die Zustimmung der Bevölkerung die wesentliche Voraussetzung. Deshalb wundere ich mich über diejenigen, die gegen die Mehrheitsauffassung der Gesellschaft Maßnahmen durchdrücken wollen. Ich sehe es als unsere Aufgabe, die Menschen für Veränderungen zu gewinnen und sie nicht vor den Kopf zu stoßen. Deshalb müssen beim Klimaschutz Fragen der Wirtschaftlichkeit, sozialer Härtefälle und Technologieoffenheit maßgebend sein.

5 DAS ERFINDEN MUSS WICHTIGER BLEIBEN ALS DAS VERBIETEN

Wir können schlicht nicht wissen, welche Technologie sich zukünftig durchsetzen wird. Fortschritt entsteht nicht am Schreibtisch in den Ministerien. Und es sind auch nicht einzelne Politikerinnen und Politiker, die in den Plan der Geschichte eingeweiht sind und sie deshalb mit harten Entscheidungen, Verboten, Geboten, Subventionen und gesetzlicher Lenkung vorgeben können. Zukunft wird in der Mitte der Gesellschaft, im täglichen Miteinander, im Ideenwettbewerb unterschiedlicher Konzepte gestaltet. Deshalb ist die wichtigste Ressource, über die wir für unseren Fortschritt verfügen, der Erhalt des Ideenwettbewerbs der Marktwirtschaft.

Daher bleibt es richtig, dass wir uns bei den Fragen der Mobilität, dem Klimaschutz, der Energieversorgung oder der Zukunft des Innovationsstandorts Deutschland für Technologieoffenheit und gegen pauschale Verbote einsetzen.

Wir Freie Demokraten erfahren für unsere Überzeugungen und Werte oftmals Widerstand. Politische Wettbewerber gießen teils Häme und Spott aus über diejenigen, die sich für Freiheit engagieren – nehmen für sich wiederum alle Freiheiten in Anspruch. Aber wir lassen uns davon nicht beirren. Wir kämpfen weiter aus Überzeugung für Freiheit, Wohlstand und Sicherheit – bei uns und für Menschen in aller Welt. Die Geschichte und die Entwicklungen haben uns häufig recht gegeben. Aber uns geht es nicht ums Recht haben. Uns geht es darum, die richtigen Entscheidungen für die Menschen in unserem Land zu treffen. ■



UNSERE SPITZENKANDIDATEN FÜR ...



BAYERN
MARTIN HAGEN

Geburtstag: 7. Juli 1981
Geburtsort: La Spezia (Italien)
Familienstand: verheiratet, zwei Kinder
Bildungsabschluss: Magister Artium (M.A.) in Politikwissenschaft
Tätigkeiten vor Politik: Pressesprecher, Geschäftsführer, Kommunikationsberater
Parteieneintritt: 29. Januar 2000

Welche Eigenschaften schätzen Sie an Menschen am meisten? Menschlichkeit

Größte Baustelle/Größtes Problem im Bundesland? Und die Lösung? Die verfehlte Energiepolitik von CSU und Freien Wählern gefährdet den Industriestandort Bayern. Wir brauchen mehr Tempo beim Ausbau von Stromtrassen und erneuerbaren Energien.

Instagram: [instagram.com/_martinhagen](https://www.instagram.com/_martinhagen)
Twitter: twitter.com/_MartinHagen
Facebook: [facebook.com/hagenfdp](https://www.facebook.com/hagenfdp)
LinkedIn: [linkedin.com/in/hagenfdp](https://www.linkedin.com/in/hagenfdp)
TikTok: [tiktok.com/@martin.hagen](https://www.tiktok.com/@martin.hagen)
Homepage: martin-hagen.de

Die Antwort auf die Frage, wer Martin Hagen inspiriert, finden Sie hier:



Wahlmandate: Mitglied des Bayerischen Landtags (Fraktionsvorsitzender)

Politische Positionierung: Wie es sich für einen Liberalen gehört: zwischen allen Stühlen

Das sagt man über Sie: Klug, frech, unverbesserlich optimistisch. (Augsburger Allgemeine)

Ich habe eine Schwäche für: Gutes Essen

Ihr Traum vom Glück: Das tun zu dürfen, was man gerne tut. Insofern bin ich sehr glücklich.

Ein Lieblingswort: Zukunft

Welche natürliche Gabe möchten Sie besitzen? Fliegen können, wäre toll.

Ihre Lieblingsbeschäftigung? Zeit mit Menschen verbringen, die mir wichtig sind

Ihre Lieblingstugend (und verfügen Sie selbst über diese)? Weisheit (ich arbeite dran)

Foto: Fraktion der Freien Demokraten im Hessischen Landtag



HESSEN
DR. STEFAN NAAS

Geburtstag: 23. November 1973
Geburtsort: Frankfurt am Main
Familienstand: ledig, eine Tochter
Bildungsabschluss: Bankkaufmann, Jurist
 2. Staatsexamen
Tätigkeit vor Politik: Finanzverwaltung des Landes Hessen, Regierungsrat
Parteieneintritt: 25. August 1992

Politische Positionierung: Radikale Mitte

Ihr Hauptcharakterzug? Zielstrebigkeit, Ausdauer

Ich habe eine Schwäche für: Mittelalterliche Urkunden und schöne Gärten

Ihr Traum vom Glück: Zeit für die wichtigen Dinge

Ein Lieblingswort: Bembel

Ein „Lieblingswort“ (also eins, das man eigentlich unbewusst zu oft nutzt): Beschleunigung – in Hessen geht nämlich fast alles zu langsam.

Welche unnatürliche Gabe möchten Sie besitzen? Gleichzeitig an verschiedenen Orten gleichzeitig zu sein

Wenn ich nicht Politiker wäre, dann wäre ich ... Historiker, Handwerker oder Projektentwickler

Ihr verstecktes Talent? Gartenbau und Heimwerken

Wer war in der Kindheit ihr Held oder Idol und warum? Wilhelm Tell als Freiheitskämpfer

Was ist Ihre Herzensangelegenheit/Ihr Herzenthema: Kunst und Kultur – das sind Töchter der Freiheit. Künstler und Kulturschaffende prägen unsere Gesellschaft und haben einen großen Anteil an unserem Kulturwesen. In den letzten Jahren – gerade während der Corona-Pandemie – haben diese sehr gelitten. Sie verdienen unsere Solidarität und Unterstützung.

Sie dürfen drei berühmte Persönlichkeiten zum Abendessen einladen. Wer kommt? Banksy, Thomas Gottschalk und Michael Stolleis (mein leider schon verstorbener Doktorvater)

Botschaft an die politische Konkurrenz: Es ist Zeit für einen Wechsel in Hessen!

Instagram: [instagram.com/stefan.naas](https://www.instagram.com/stefan.naas)
Twitter: twitter.com/stefan_naas_fdp
Facebook: [facebook.com/Stefan.Naas.fdp](https://www.facebook.com/Stefan.Naas.fdp)
Homepage: stefan-naas.de

i Am 8. Oktober 2023 wird in Bayern und Hessen gewählt. Die liberalen Spitzenkandidaten für die Landtage im Maximilianeum und im Wiesbadener Stadtschloss stellen wir Ihnen hier vor.

Sie wollen wissen, an welcher Frage Dr. Stefan Naas bei „Wer wird Millionär?“ scheitern würde? Die Antwort finden Sie hier:



PRÄSIDIUM



Christian Lindner



Wolfgang Kubicki



Bettina Stark-Watzinger



Johannes Vogel



Michael Georg Link



Michael Theurer



Dr. Lydia Hüskens



Daniela Schmitt



Bijan Djir-Sarai



Christian Dürr



Moritz Körner



Dr. Hermann Otto Solms

STÄNDIGE GÄSTE IM PRÄSIDIUM



Dr. Marco Buschmann



Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué



Dr. Hans-Ulrich Rülke



Steffen Saebisch



Dr. Volker Wissing



Michael Zimmermann

BUNDESVORSTAND



Renata Alt



Franziska Brandmann



Zyon Braun



Sebastian Czaja



René Domke



Dr. Marcus Faber



Otto Fricke



Dr. Christopher Gohl



Martin Hagen



Torsten Herbst



Katja Hessel



Henning Höne



Dr. Maren Jasper-Winter



Gyde Jensen



Daniela Kluckert



Wiebke Knell



Pascal Kober



Dr. Lukas Köhler



Carina Konrad



Michael Kruse



Konstantin Kuhle



Oliver Luksic



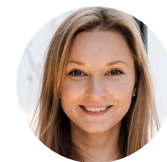
René Rock



Thore Schäck



Ria Schröder



Anja Schulz



Judith Skudelny



Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann



Linda Teuteberg



Stephan Thoma



Dr. Florian Toncar



Gerald Ullrich



Christopher Vogt



Sandra Weeser



Nicole Westig

Turnusmäßig hat der 74. Bundesparteitag im April 2023 das Präsidium und den Bundesvorstand der Freien Demokraten gewählt. Für dieses Team gibt es viel zu tun: Deutschland braucht neue Impulse für Wachstum und Fortschritt, für mehr Freiraum statt neue Hürden. Mehr über die einzelnen Mitglieder und Gäste in Präsidium und Bundesvorstand finden Sie unter fdp.de/personen/team.

Die Bewerbungsreden finden Sie auf dem YouTube-Kanal der FDP:



FRAKTIONS-NEWS

GEBÄUDEENERGIEGESETZ: TECHNOLOGIE-OFFENHEIT UND MARKTWIRTSCHAFT STATT VERBOTE

Die Debatte um das Gebäudeenergiegesetz verunsichert die Menschen. Egal, ob Eigentümer oder Mieter, von den Auswirkungen einer Novelle wäre jeder betroffen, der wohnt und heizt. Im Vergleich zum ersten Entwurf zur Änderung des Gebäudeenergiegesetzes von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck haben die Freien Demokraten erste wesentliche Veränderungen erreicht:

- Austauschpflichten für alte Heizungen werden nicht verschärft.
- Erhalt des Wirtschaftlichkeitsgebotes – Maßnahmen, die übermäßig teuer sind und sich für den Eigentümer nicht rechnen, müssen nicht getroffen werden.
- Das 65-Prozent-Gebot kann auch mit Solarthermie, Bioenergie (inkl. anteiliger Anrechnung von Kaminöfen) und Wasserstoff erfüllt werden.
- Vorschriften, die Bioenergie- und Holzheizungen diskriminieren, entfallen.
- Längere Übergangsfristen und Ausnahmen für ältere Hausbesitzer.

Deutschland hat sich gesetzlich dazu verpflichtet, bis zum Jahr 2045 klimaneutral zu werden.



Dr. Lukas Köhler
Stellvertretender
Fraktionsvorsitzender
der Freien Demokraten
im Deutschen Bundestag

„Dieses Ziel erreichen wir nur, wenn wir auch die Wärmeversorgung dekarbonisieren“, erklärt der stellvertretende FDP-Fraktionsvorsitzende Dr. Lukas Köhler die Notwendigkeit einer Novelle des Gebäudeenergiegesetzes. „Wir wollen das gemeinsame Ziel technologieoffen, praxistauglich, sozial ausgewogen und so kosteneffizient wie möglich erreichen. Ein erweiterter Emissionshandel wäre das beste System, um die notwendige Umstellung der Wärmeversorgung auf CO₂-neutrale Energieträger anzureizen“, fasst Fraktionsvize Dr. Lukas Köhler das Ziel der Freien Demokraten zusammen. Diesem Anspruch werde der aktuelle Gesetzentwurf nicht gerecht.

Die Debatte um das Gebäudeenergiegesetz verunsichert die Menschen. Egal, ob Eigentümer oder Mieter, von den Auswirkungen einer Novelle wäre jeder betroffen, der wohnt und heizt. Im Vergleich zum ersten Entwurf zur Änderung des Gebäudeenergiegesetzes von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck haben die Freien Demokraten erste wesentliche Veränderungen erreicht:

Für Köhler steht deshalb fest: „Dieser Gesetzentwurf ist aktuell nicht beschlussfähig und muss fundamental verändert werden.“

Für FDP-Fraktionschef Dürr ist das Gebäudeenergiegesetz von zentraler Bedeutung, weil der europäische Emissionshandel die Kosten für klimaschädliche Brennstoffe wie Gas und Öl eines Tages in die Höhe treiben werde.



Christian Dürr
Fraktionsvorsitzender
der Freien Demokraten
im Deutschen Bundestag

„Aber die Menschen können sich meistens nicht aussuchen, mit was sie heizen – gerade in Mehrfamilienhäusern ist in der Regel ein Gas- oder Fernwärmenetz vorhanden. Deswegen ist es zentral, dass sich der Staat mit der Infrastruktur für klimaneutrales Heizen befasst und ein funktionierendes Gesetz auf den Weg bringt. Wenn das länger als 2024 dauert, dann ist das so.“

Die FDP-Fraktion steht im Austausch mit Verbänden und Versorgern, die große Bedenken haben, weil sie nicht wissen, wie sie die Vorgaben des Entwurfes umsetzen sollen. Dürr bedauert, dass der Bundeswirtschaftsminister viele offene Fragen noch nicht beantwortet habe. „Entscheidend ist für die FDP, dass unser bestehendes Gasnetz mit klimaneutralen Brennstoffen genutzt werden kann. Immerhin haben wir eine halbe Million Kilometer an Gasleitungen unter unseren Häusern“, so Dürr, der betont: „Wir brauchen ein gutes Gesetz, das unsere Energieinfrastruktur klimaneutral nutzbar macht – denn es betrifft alle Menschen in Deutschland. Vor allem die Zweifel der Stadtwerke müssen ausgeräumt werden.“

Im parlamentarischen Verfahren werden die Freien Demokraten nun auf echte Technologieoffenheit, Wirtschaftlichkeit und soziale Ausgewogenheit beim GEG drängen. „Wir müssen dafür sorgen, dass unsere Heizungsinfrastruktur klimaneutral genutzt werden kann und dadurch die Menschen nicht mit hohen Kosten und überflüssigen Sanierungsmaßnahmen belastet werden. Wenn wir die Menschen überfordern, ist auch dem Klimaschutz nicht geholfen“, so Fraktionsvize Köhler. ■

KINDERGRUNDSICHERUNG: WIR WOLLEN MEHR CHANCEN FÜR MEHR KINDER

Jedes Kind braucht Chancen, um seine Talente entdecken, entwickeln und ein selbstbestimmtes Leben führen zu können. Mit der größten Erhöhung des Kindergeldes seit 1996, der Erhöhung der Regelsätze, des Kinderzuschlags und mit dem eingeführten Kindersofortzuschlag hat die Koalition Familien finanziell bereits spürbar entlastet.



Martin Gassner-Herz
Berichterstatte
für Kindergrundsicherung
der Freien Demokraten
im Deutschen Bundestag

„Mit der Kindergrundsicherung wollen wir nun mehr Chancen für mehr Kinder schaffen“, sagt Martin Gassner-Herz, Berichterstatter für die Kindergrundsicherung. „Damit Kinder in Armut die Chancen bekommen, die sie brauchen, muss das Versprechen gelten: Nur dein Fleiß und Talent soll darüber entscheiden, ob du die nächste Schachmeisterin wirst, nicht der Geldbeutel deiner Eltern“, führt er aus. Denn noch immer hängt Kinderarmut mit dem Bildungsstand und dem Einkommen der Eltern zusammen.



Gyde Jensen
Stellvertretende
Fraktionsvorsitzende
der Freien Demokraten
im Deutschen Bundestag

„Das Herzstück der Kindergrundsicherung muss eine echte Sozialverwaltungsreform sein, für die das digitale Kinderchancenportal, das Kindern und Jugendlichen selbstbestimmte Teilhabe ermöglicht, eine Säule bildet“, erklärt die stellvertretende FDP-Fraktionsvorsitzende Gyde Jensen. „Dabei geht es nicht um höhere Leistungen; diese Debatte lenkt von der großen Aufgabe Sozialreform ab. Unser Ziel ist, dass das Geld endlich unbürokratisch bei den Familien ankommt, die schon heute einen Anspruch darauf haben.“ Indem die verschiedenen Leistungen gebündelt und einfach und digital beantragt werden können, sollen diese ihren Wirkungsgrad merklich vergrößern. Aktuell rufen zu viele Familien und Kinder die ihnen zustehenden Leistungen wegen bürokratischer Hürden oder aus Unwissen nicht ab. ■

Jedes Kind braucht Chancen, um seine Talente entdecken, entwickeln und ein selbstbestimmtes Leben führen zu können. Mit der größten Erhöhung des Kindergeldes seit 1996, der Erhöhung der Regelsätze, des Kinderzuschlags und mit dem eingeführten Kindersofortzuschlag hat die Koalition Familien finanziell bereits spürbar entlastet.

FACHKRÄFTEINWANDERUNGSGESETZ: ZEITENWENDE IN DER MIGRATIONSPOLITIK

Viel zu lange hat Deutschland es den Menschen leicht gemacht, die keine Bleibeperspektive haben – aber denjenigen schwer, die bei uns arbeiten und sich integrieren wollen. Nach wie vor werden motivierten Fachkräften aus dem Ausland zu viele Steine in den Weg gelegt. Die OECD belegt, dass wir im internationalen Wettbewerb um die klügsten Köpfe und besten Talente damit in die Defensive geraten.



Konstantin Kuhle
Stellvertretender
Fraktionsvorsitzender
der Freien Demokraten
im Deutschen Bundestag

„Die Union hat den Fachkräftemangel in Regierungsverantwortung zu lange nicht ernst genommen und damit Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit sträflich geschwächt“, sagt der stellvertretende FDP-Fraktionsvorsitzende Konstantin Kuhle. „Wir brauchen jetzt eine Zeitenwende in der Migrationspolitik. Wer keine Bleibeperspektive hat, muss deutlich schneller zurückgeführt werden als zuvor. Zeitgleich werden wir mit dem Punktesystem entschlossen um mehr Einwanderung von Fachkräften. Damit stärken wir Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit und seine Innovationskraft immens.“ Auch Dr. Ann-Veruschka Jurisch, Berichterstatterin für Einwanderung und Migration, betont den dringenden Reformbedarf.



Dr. Ann-Veruschka Jurisch
Berichterstatterin
für Einwanderung
der Freien Demokraten
im Deutschen Bundestag

„Mit der anstehenden Reform verbessern wir die Einwanderungsmöglichkeiten für Arbeitskräfte und geben vor allem den Arbeitgebern stärker in die Hand, wen sie einstellen möchten. So machen wir den Weg frei für Talente, schnell und unkompliziert nach Deutschland zu kommen“, hebt Jurisch hervor. Auch wenn die FDP-Fraktion bei den parlamentarischen Beratungen noch weitere Verbesserungen anstrebt, so ist eines schon jetzt klar: Mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz machen wir Deutschland endlich zu einem modernen Einwanderungsland. ■

Viel zu lange hat Deutschland es den Menschen leicht gemacht, die keine Bleibeperspektive haben – aber denjenigen schwer, die bei uns arbeiten und sich integrieren wollen. Nach wie vor werden motivierten Fachkräften aus dem Ausland zu viele Steine in den Weg gelegt. Die OECD belegt, dass wir im internationalen Wettbewerb um die klügsten Köpfe und besten Talente damit in die Defensive geraten.

WIR MACHEN TEMPO BEIM INFRASTRUKTURAUSBAU

Unser Land braucht eine leistungsstarke Infrastruktur, auf die sich die Bürger, Industrie und Wirtschaft verlassen können. Die Freien Demokraten orientieren sich dazu an den wirklichen Mobilitätsbedürfnissen unserer Gesellschaft.



Dr. Volker Wissing
FDP-Präsidiumsmitglied &
Bundesminister für Digitales
und Verkehr

Moderne Verkehrswege ermöglichen Mobilität, Teilhabe, Freiheit, gleichzeitig eine verlässliche Versorgung und Logistik, die Wachstum, Wohlstand und Klimaschutz in sich vereinen. Wohin es führt, wenn Sanierung und Ausbau der Verkehrswege jahrelang vernachlässigt werden, sieht man derzeit an verschiedenen Stellen im deutschen Verkehrsnetz; besonders eindrücklich an der Talbrücke Rahmede der A45, die wir endlich erfolgreich sprengen konnten. Auch das Schienennetz ist an vielen Stellen mittlerweile stark überlastet, weshalb viele Züge unpünktlich oder überfüllt sind oder sogar ganz ausfallen.

Wir müssen daher Brücken, Schienen, Straßen und auch Radwege dringend modernisieren und das Netz überall dort ausbauen, wo

es nötig ist, damit unsere Verkehrswege den Anforderungen von heute und der Zukunft gerecht werden. Vor allem müssen wir schneller werden: beim Planen, Genehmigen und Bauen.

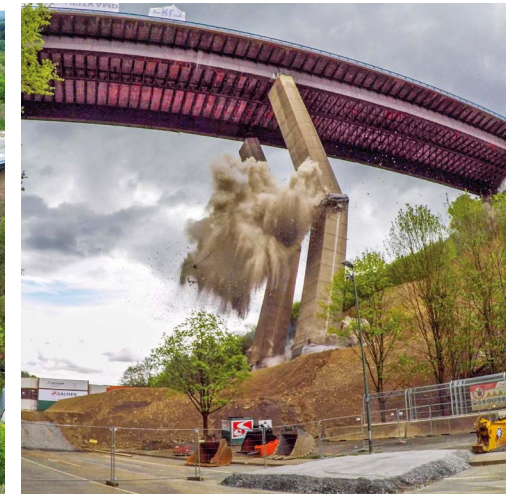
INFRASTRUKTURAUSBAU: SCHNELLER, EFFEKTIVER UND DIGITALER

Selbst bei einem einfachen Radweg brauchen wir für die reine Planung teilweise mehr als sieben Jahre. Bei Schienentrassen vergehen gut und gerne 20 Jahre von der Planung bis zur Inbetriebnahme. Ein führender Standort wie Deutschland kann sich das nicht leisten. Unser Gesetzentwurf zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren im Verkehrsbereich, dem das Kabinett

zugestimmt hat, bringt jetzt Tempo in den Erhalt und Ausbau unserer Verkehrsinfrastruktur. Planungs- und Genehmigungsverfahren werden deutlich schneller, effektiver und digitaler. Kern des Entwurfs ist, dass wir für ausgewählte Schienen- und Straßenprojekte ein überragendes öffentliches Interesse festlegen. Das heißt: Wenn künftig im Laufe des Genehmigungsverfahrens Abwägungsentscheidungen zu treffen sind, also zum Beispiel mit Blick auf unterschiedliche Belange bei der Planfeststellung, dann bekommen diese Projekte in Zukunft ein stärkeres Gewicht als bisher – weil sie im überragenden öffentlichen Interesse liegen. Dadurch können Entscheidungen schneller getroffen und Verfahren schneller abgeschlossen werden.



Foto: Autobahn Westfalen



→ Sprengung der Talbrücke Rahmede

MODERNE VERKEHRSWEGE FÜR EINE DYNAMISCHE GESELLSCHAFT

Die Schienenprojekte, für die wir ein überragendes öffentliches Interesse festlegen, sind allesamt im Bedarfsplan in den Kategorien „Vordringlicher Bedarf“ oder „Fest disponiert“ eingestuft. Bei den Straßenprojekten muss es sich um Engpassbeseitigungen handeln. Es geht also nur um Strecken, auf denen sich heute bereits jeden Tag der Verkehr staut. Zudem geht es bei den Straßen nicht um Neubauprojekte, sondern ausschließlich um den Ausbau von bereits vorhandenen Autobahnen. In der öffentlichen Diskussion geht das leider manchmal unter. Auch marode Brücken können wir in Zukunft deutlich schneller sanieren

oder ersetzen. Zudem sollen bauliche Erweiterungen einfacher möglich sein, nämlich dann, wenn sie im Vorgriff auf einen späteren Ausbau des Streckenabschnitts erfolgen. Außerdem werden wir Planfeststellungsverfahren weiter digitalisieren. Dazu können zum Beispiel wesentliche Beteiligungsschritte nunmehr online erfolgen, das spart Ressourcen und Zeit.

Im vergangenen Jahr gab es in Deutschland laut ADAC 474.000 Mal einen Stau oder stockenden Verkehr. 333.000 Stunden lang haben Menschen in ihren Fahrzeugen gesessen und darauf gewartet, dass es weitergeht. Und alle Prognosen sagen voraus, dass der Verkehr in Zukunft noch deutlich weiterwächst. Eine sich dynamisch entwickelnde Gesellschaft muss in der Lage sein,

ihre Infrastruktur an sich ändernde Bedarfe anzupassen. Das heißt: Natürlich müssen wir die Schiene fit machen, um so viele Verkehre wie möglich auf die Bahn zu verlagern. Doch wir werden auch weiter leistungsfähige gut ausgebaute Straßen benötigen.

Mit diesem Gesetzentwurf gehen wir diese Herausforderungen gezielt und verantwortungsvoll an und bringen Deutschland auf die Überholspur. ■

TÜRKEI-WAHL VON CHANCENGLEICHHEIT KONNTE KEINE REDE SEIN

Am 15. Mai gingen 89 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung bei den türkischen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen wählen. Michael Georg Link leitete die internationale Wahlbeobachtungsmission von OSZE und Europarat.



Michael Georg Link
FDP-Bundesschatzmeister &
Europapolitischer Sprecher
der Freien Demokraten im
Deutschen Bundestag

Wahlbeobachtungen analysieren, ob eine Wahl im Einklang mit internationalen und nationalen Standards abläuft. Dabei folgen wir einer ausgefeilten wissenschaftlichen Methodologie, die kontinuierlich verfeinert wird. In Zweiertteams besuchen wir die Wahllokale und halten unsere Beobachtungen in über 80 standardisierten Rastern fest. Insgesamt waren über 300 Wahlbeobachter im Einsatz, verteilt über die ganze Türkei. Am Tag nach der Wahl werden die Erkenntnisse der Kurzwahlbeobachter, die den Wahltag beobachten, sowie die Berichte der Langzeitwahlbeobachter, die über viele Wochen hinweg den gesamten Wahlkampf selbst verfolgen, in einem Gesamtbericht zusammengefasst. Diesen Prozess zu leiten und den Bericht am Tag nach der Wahl der Öffentlichkeit vorzustellen, war meine Hauptaufgabe in der Türkei.

UNGLEICHE CHANCEN DER BEWERBER

Unser Bericht fiel ernüchternd aus: In einem begrenzten Maße konnten zwei große Lager gegeneinander antreten, Kilicdaroglus Bündnis gegen Erdogans Lager. Da jedoch verschiedene Parteien und zahlreiche Politiker gar nicht erst zur Wahl zugelassen waren und in den Medien seit Jahren eine einseitig positive Darstellung Erdogans und seines Lagers vorherrscht, konnte in dieser Wahl von Chancengleichheit absolut keine Rede sein.

Obwohl am eigentlichen Wahltag keine systematischen Manipulationen festgestellt wurden und sowohl die internationalen als auch die zahllosen einheimischen Wahlbeobachter die Wahlen ungehindert beobachten konnten, bestand im Wahlkampf kein wirklich ergebnisoffener Wettbewerb. Das Regime Erdogans hat alle verfügbaren juristischen und staatlichen Instrumente

genutzt, um Oppositionelle und Kritiker bereits im Vorfeld der Wahl mundtot zu machen und durch zahlreiche Wahlgeschenke wie kurzfristige Gehaltserhöhungen für Beamte die eigene Wählerbasis an sich zu binden. Vor allem in den traditionellen und neuen Medien besaß Erdogan als Amtsinhaber ein absolutes Informationsmonopol. So konnte Erdogan trotz massiver Kritik wegen galoppierender Inflation, Wirtschaftskrise und wachsender Repression erneut wiedergewählt werden, wenn auch mit äußerst fragwürdigen Methoden, die klar den von der Türkei selbst unterzeichneten Regeln des Europarats und der OSZE für freie und faire Wahlen widersprechen.

WIRTSCHAFTLICHE BEZIEHUNGEN GEGEN ENTFREMDUNG

Diese Wahl macht wenig Hoffnung für die politische Zukunft des Landes. Es ist zu erwarten, dass die Unterdrückung von Minderheiten und Kritikern in dem zunehmend personalisierten politischen „System Erdogan“ weiter zunehmen wird. Die wirtschaftliche Lage befindet sich durch Hyperinflation und Brain-drain in einer Abwärtsspirale, was die finanzielle und Energie-Abhängigkeit der Türkei von autoritären Staaten wie Russland, Katar und China weiter fördert. Von der EU ist die Türkei nach diesen Wahlen weiter entfernt denn je. Wir Europäer sollten dennoch nichts unversucht lassen, um die Türkei nicht noch weiter ins Lager unserer systemischen Rivalen abgleiten zu lassen. Eine modernisierte Zollunion könnte ein zentrales Element dabei sein, denn wirtschaftliche Bande gerade zwischen Deutschland und der Türkei bergen enormes Potenzial für beide Seiten. Höchste Zeit also für einen realpolitischen Ansatz im Verhältnis zur Türkei. ■

Der Wandel kommt überall hin. Gut, dass wir schon da sind.

Deutschlands starke Partnerin für Nachhaltigkeit.

Auf dem Weg in eine nachhaltigere Zukunft kann ganz Deutschland auf die Unterstützung der Sparkassen-Finanzgruppe zählen. Mit der größten Finanzierungssumme für den Mittelstand und als Partnerin von 40 Millionen Privatkundinnen und -kunden machen wir uns stark für einen Wandel, der für alle zum Erfolg wird. Im Großen wie im Kleinen. Mehr erfahren: sparkasse.de/mittelstand



Weil's um mehr als Geld geht.

EUROPÄISCHE DEPESCHE

Unsere fünf FDP-Abgeordneten setzen sich im EU-Parlament mit der Fraktion „Renew Europe“ dafür ein, dass Europa geeint, fortschrittlich und innovativ bleibt. Was treibt sie aktuell um? Darüber berichten sie hier in aller Kürze.



STRATEGISCHE ROHSTOFFE

Nicola Beer
Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments & industrie-, forschungs- und mittelstandspolitische Sprecherin der FDP im Europäischen Parlament

„Europäische Souveränität fällt nicht vom Himmel. Deshalb müssen wir größere Unabhängigkeit bei strategischen Rohstoffen herstellen, aber ohne Planwirtschaft und Bürokratie, dafür mit einem Turbo für mehr strategische Partnerschaften, mehr Produktion in der EU, mehr F&E an alternativen, innovativen Werkstoffen und Produktionsmethoden sowie mehr Recycling.“

Strategische Rohstoffe sind die Grundlage für Digitalisierung und Klimaneutralität. Als Freie Demokraten wollen wir die Weichen für ein langfristig handlungsfähiges Europa stellen: Innovation fördern, Mittelstand beflügeln, Souveränität stärken. Das muss Europas Dreiklang sein.



WISSENSCHAFTLICHE STUDIE ZERLEGT CHATKONTROLLE

Moritz Körner
Innen- und haushaltspolitischer Sprecher der FDP im Europäischen Parlament

„Von der Leyens Schnüffelinitiative ist grundrechtsschädlich und effektivitätshemmend. Die Chatkontrolle wäre eine staatliche Schnüffelsoftware, die Grundrechte missachtet, Strafverfolgungsbehörden überlastet und die Verschlüsselungsinfrastruktur zerstört.“

Die FDP im EU-Parlament wird gegen die Chatkontrolle stimmen. Eine von Moritz Körner initiierte Studie des Wissenschaftlichen Dienstes im EU-Parlament zeigt: Der Chatkontrollen-Vorschlag der EU-Kommission ist für uns Freie Demokraten nicht hinnehmbar.



KÜNSTLICHE INTELLIGENZ

Svenja Hahn
Unterhändlerin beim Europäischen Gesetz für Künstliche Intelligenz

„Künstliche Intelligenz zur Überwachung der Bevölkerung kennen wir aus Autokratien wie China. Diese Anwendung von Technologie hat in einer Demokratie nichts zu suchen.“

Das KI-Gesetz muss die Weichen stellen für die EU als Tech-Standort, der ein gutes Klima für Innovationen schafft. Gegen konservative Überwachungsfantasien oder linke Überregulierung müssen wir einen Rahmen setzen zur Nutzung von KI in einer Demokratie, der Chancen nutzt, Bürgerrechte schützt sowie Innovation und Wirtschaft beflügelt.



MIGRATION

Jan-Christoph Oetjen
Migrationspolitischer Sprecher der FDP im Europäischen Parlament

„Migrationspolitik muss europäisch und gemeinsam gestaltet werden. Mit der Einigung im Europäischen Parlament auf eine gemeinsame Position bei Migrationsfragen sind wir einen großen Schritt weitergekommen.“

Der Rat muss jetzt nachziehen und eine eigene Position festlegen. Nur so können wir Migration nach Europa besser regeln. Mit einem Talentpool und Punktesystem nach kanadischem Vorbild. Das kommt allen zugute, den ankommenden Menschen und den Unternehmen bei uns in Europa.



GESUNDHEIT

Andreas Glück
Sprecher für Umwelt- und Gesundheitspolitik der FDP im Europäischen Parlament

„Beim Thema Gesundheitsdatenerhebung müssen wir endlich gemeinsame europäische Standards verabschieden.“

Es ist nicht zielführend, wenn überall in der EU Gesundheitsdaten so unterschiedlich erhoben werden, dass wir diese dann anschließend nicht vergleichen können. Hierbei bietet der Europäische Gesundheitsdatenraum (EHDS) große Chancen. Gemeinsame Datenerhebung ist Grundvoraussetzung dafür, voneinander lernen zu können. Darüber hinaus hat der EHDS das Potenzial, die Forschung auf ein neues Level zu heben.

Anzeige

Verband der Privaten Krankenversicherung

Endlich: die Jugendbewegung für jedes Alter.
Der neue Generationenvertrag für die Pflege.

Wenn Alt und Jung zusammenhalten, haben alle eine sichere Zukunft.
Das gilt besonders für die Pflege. Damit sie bezahlbar bleibt, muss sich dringend etwas ändern. Unser Vorschlag: die Älteren solidarisch unterstützen und den Jüngeren die Spielräume für private Vorsorge schaffen.

www.pkv.de/generationenvertrag

JA ZU DE-RISKING, NEIN ZU DE-COUPLING

Unsere Handelspolitik gegenüber China braucht ein Leitmotiv. Es zu entwickeln verlangt strategischen Weitblick und diplomatische Klugheit.



Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué
Vorstandsvorsitzender der
Friedrich-Naumann-Stiftung
für die Freiheit

„Wandel durch Handel“: Diese Vision aus den Neunzigerjahren hat sich als komplette Illusion erwiesen. Jedenfalls mit Blick auf China. Die dynamische und erfolgreiche Integration des riesigen Landes in die globale Arbeitsteilung hat nicht dazu geführt, dass Demokratie und Rechtsstaat in das kommunistische Reich der Mitte Einzug hielten. Auch von wettbewerblicher Marktwirtschaft im westlichen Sinn kann in China nicht die Rede sein, eher schon von Partei- oder Staatskapitalismus, in dem letztlich die großen strategischen Ziele der Partei- und Staatsführung entscheiden, wie sich formal private Unternehmen in den Weltmärkten zu platzieren haben und was sie dafür an wertvollen Informationen beim Staat „abliefern“ müssen. Dies gilt vor allem für den Bereich der Hochtechnologien, in dem sich das China von Xi Jinping schon vor Jahren unter dem Motto „Made in China 2025“ höchst ehrgeizige Staatsziele für die Zukunft gesetzt hat.

DIE ZEIT DES LAISSEZ-FAIRE IST VORBEI

Wie geht man damit um? Klar ist: Die Zeit des Laissez-faire ist vorbei, selbst für Liberale, die aus Liebe zum freien Handel lange Zeit allzu nachsichtig auf das geostrategische Treiben Chinas geblickt haben. Massive Subventionen für ausgewählte Branchen der Hochtechnologie, asymmetrische Behandlung von Direktinvestitionen in China im Vergleich zu chinesischen Direktinvestitionen anderswo, eine „neo-imperialistische“ Politik Chinas im Bestreben, die rohstoffreichen Länder Afrikas und Lateinamerikas von China abhängig zu machen – all dies liegt längst offen zu Tage und wird von China als ganz selbstverständliche Politik angesehen, gewissermaßen als Fol-

ge jener Souveränität einer wachsenden Weltmacht, die sich jede Einmischung in innere Angelegenheiten brüsk verbittet.

Was tun in einer solchen Lage? Weitgehender Konsens besteht in Deutschland inzwischen, dass Vorsicht geboten ist. Anders als in Macrons Frankreich ist das politische Establishment zu Recht nicht bereit, im Stile De Gaulles die chinesische Strategie als unvermeidliche Großmachtpraxis abzutun und zur Tagesordnung des „business as usual“ überzugehen. Bleiben zwei unterschiedliche Antworten auf Chinas Politik: De-Coupling und De-Risking.

EINE NEUE ORIENTIERUNG DER WIRTSCHAFTLICHEN CHINAPOLITIK

De-Coupling ist der Versuch, tatsächlich den Handel mit China systematisch zu beschränken. Dies ist die Grundphilosophie der amerikanischen Politik. Sie versucht zu erreichen, dass die tiefe Verflechtung der amerikanischen Wirtschaft mit China nach dynamischer Zunahme in den letzten beiden Jahrzehnten nun im Trend systematisch abnimmt. Instrumente dieser Politik sind offener und verdeckter Protektionismus, allen voran der Versuch, durch eigene massive Staatsförderung wichtige Stufen der industriellen Wertschöpfungsketten nach Amerika zurückzuholen, nachdem sie über die Jahre nach China verlagert wurden – oft übrigens im Rahmen von betriebswirtschaftlich gefeierten Strategien des „Outsourcing“ und „Offshoring“.

Diese protektionistische Politik ist inhaltlich fragwürdig und extrem teuer. Sie weckt eher den Eindruck einer

panischen Reaktion als eines durchdachten Konzepts. Sie erinnert an jene nervösen US-amerikanischen Antworten auf den Aufstieg Japans in den Achtzigerjahren: protektionistischer Aktionismus auf breiter Front statt kluger Fokussierung auf das Kernproblem. Dieses liegt aber heute nicht in der generell hohen Verflechtung mit China, sondern in der Abhängigkeit in zentralen sicherheitsrelevanten Bereichen. Es geht also eigentlich um eine Strategie des „De-Risking“, also einer Verminderung der Sicherheitsrisiken, die in einigen Segmenten der Hochtechnologie entstehen, wenn eine fremde und potenziell feindliche Macht in die Netze der Informationen und Infrastruktur des eigenen Landes eindringt. Diese Bereiche sind möglicherweise, was das Gesamtvolumen des Handels mit China betrifft, gar nicht so groß, um die Integration mit dem Reich der Mitte in weiten Teilen infrage zu stellen. Sie sind aber unbestreitbar vorhanden.

Das praktische Problem besteht natürlich in der Abgrenzung dieser Bereiche. Der Fall Cosco im Hamburger Hafen war dafür symptomatisch: Manche Experten halten den dortigen Erwerb von Anteilen der Chinesen an einem Terminal für harmlos, andere Experten sehen dies ganz anders. Aber wie immer in der Politik darf die Tatsache, dass es Grauzonen und Streit in der Diagnose gibt, den Staat nicht daran hindern, das Problem anzugehen und zu handeln – auch auf die Gefahr hin, dass er das richtige Maß an Kontrolle und Beschränkung nicht findet. Tatsächlich geht es um eine Art politischen Lernprozess. Der dauert Jahre, und Irrtümer sind dabei nie ausgeschlossen.

Es wird Zeit, dass sich die europäische und die deutsche Politik intensiv mit der Strategie des De-Risking aus-

einandersetzen. Die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat in dieser Hinsicht – ganz anders als Emmanuel Macron – erste richtige Zeichen für eine neue Orientierung der wirtschaftlichen Chinapolitik gesetzt. Man wird sehen, was daraus wird.

AUCH CHINA IST VERWUNDBAR

Und man wird sehen, wie China darauf reagiert. Zwar greift Peking sehr gerne auf martialische Rhetorik zurück, wenn es um die Verteidigung der eigenen strategischen Autonomie geht. Das Säbelrasseln gegenüber Taiwan ist dafür ein markantes Beispiel. Aber Symbole und Worte sind etwas anderes als konkretes politisches Handeln. China wird in Rechnung stellen, wie stark das eigene Land selbst von den Segnungen des internationalen Handels abhängt. Längst ist China der Weltmeister des Exports – inzwischen im Ausfuhrvolumen stabil vor Deutschland. Der erreichte Wohlstand der eigenen Bevölkerung wäre da schnell gefährdet, würde man zu Waffen des Handelskriegs greifen. Auch China hat da viel zu verlieren.

So haben Europa und Deutschland durchaus Spielräume, ungestraft ein gewisses Niveau des De-Risking zu erreichen. Analoges gilt beim Verteidigen der liberalen Prinzipien der Welthandelsordnung, die China bisher ohne große Bedenken verletzt, vor allem was die Behandlung ausländischer Direktinvestitionen betrifft. Auch hier gilt: China ist – als weltwirtschaftlich hoch integriertes Land – durchaus verwundbar, nicht weniger als Deutschland und Europa als Ganzes. Nur wenn die Politik bereit ist, diesen Spielraum zu nutzen, kann man einer vernünftigen Lösung näherkommen. ■

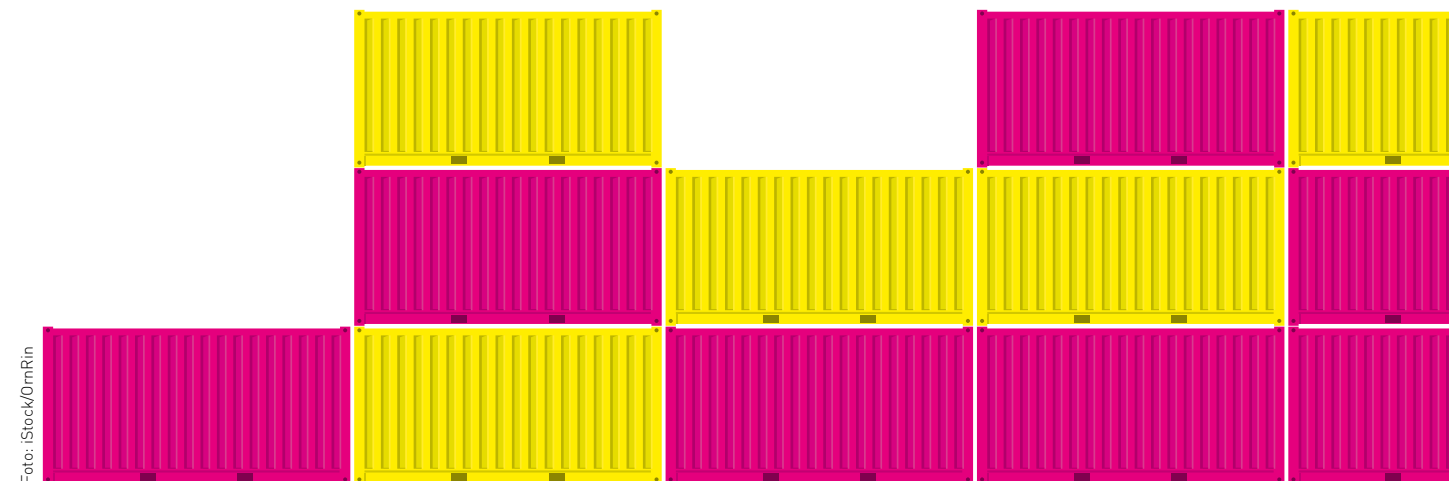


Foto: iStock/OmRin

BÜROKRATIEARM, EINFACH UND EINHEITLICH

EIN DIGITALE VERWALTUNGSTOOL AUS SACHSEN-ANHALT

Mit der Auszahlung der 200-Euro-Energiepreispauschale entlastet die Bundesregierung Menschen in Studium und Ausbildung. Die dazu entwickelte digitale Plattform setzt dabei ganz neue Maßstäbe in Sachen digitaler Verwaltung. Entwickelt wurde das Tool vom Ministerium der liberalen Digitalministerin in Sachsen-Anhalt Dr. Lydia Hüskens.

2,5 MILLIONEN EINMALZAHLUNGEN AN STUDIERENDE

Zwei Monate nach dem Start der Einmalzahlungsplattform für Studierende und Fachschüler sind mehr als 2,5 Millionen Anträge bewilligt und dadurch mehr als 500 Millionen Euro ausgezahlt worden. Die Einmalzahlung soll angesichts der höheren Belastungen durch gestiegene Kosten für Heizung und Strom Studierende sowie Fachschülerinnen und Fachschüler unterstützen. Ziel des von Bundesministerin Bettina Stark-Watzinger geführten Ministeriums für Bildung und Forschung war die bürokratiearme und möglichst einheitliche Abwicklung des Antrags- und Bewilligungsverfahrens im gesamten Bundesgebiet. Im Auftrag des Bundesministeriums wurde ein automatisiertes Verfahren durch das sachsen-anhaltische Ministerium für Infrastruktur und Digitales in Verantwortung der Digitalministerin Dr. Lydia Hüskens sowie des Staatssekretärs Bernd Schlömer entwickelt. Gemeinsam mit einem Dienstleister und in Abstimmung mit allen deutschen Bundesländern und insgesamt mehr als 4.000 Ausbildungsstätten wurde in wenigen Wochen die Antragsplattform sowie das automatisierte Bewilligungs- und Auszahlungsverfahren entwickelt.

200.000 ARBEITSSTUNDEN EINGESPART

Im Durchschnitt lag die Bearbeitungszeit in den vergangenen Wochen bei zwei Minuten, das heißt zwischen Antragstellung und Bescheidung vergehen nur zwei Minuten für die systemische Prüfung. Eine manuelle Bearbeitung durch Verwaltungsmitarbeiter erfolgt dabei nicht mehr. Bei angenommenen 5 Minuten durchschnittlicher

Bearbeitungszeit pro Vorgang in den Amtsstuben wurden bereits jetzt bei 2,5 Millionen Auszahlungen mehr als 200.000 Arbeitsstunden in der Verwaltung vermieden.



Dr. Lydia Hüskens
FDP-Präsidiumsmitglied & Ministerin für Infrastruktur und Digitales sowie zweite stellvertretende Ministerpräsidentin des Landes Sachsen-Anhalt

„Das System zeigt, welche Reserven in der konsequenten Digitalisierung liegen. Die Umsetzung der Einmalzahlung ist ein Erfolg für Sachsen-Anhalt und den Bund und viele Partner, die gemeinsam an der Umsetzung gearbeitet haben. Wir haben einen einfachen, bürokratiearmen und sicheren Weg entwickelt, der sowohl im Sinne der Studierenden sowie der Fachschülerinnen und Fachschüler, aber auch unter dem Gesichtspunkt von effizienter Verwaltung seines Gleichen sucht“, sagte Lydia Hüskens als zuständige Ministerin für Infrastruktur und Digitales. Ziel ist es nun, die gewonnenen Erfahrungen und die technologische Basis auch für weitere Verfahren nachzunutzen. Die Plattform hat dabei schon eindrucksvoll bewiesen, wie künftige digitale Verwaltungsprozesse gestaltet werden können. ■

AUSGEZAHLTE ANTRÄGE

2.549.969

AUSZAHLUNGEN

509.993.800 €

Quelle: www.einmalzahlung200.de (06.06.2023, 8:00 Uhr)

GELESEN

Was auf dem Lesestapel von Freien Demokraten landet, das erfahren Sie hier.



DER PAPIERPALAST MIRANDA COWLEY HELLER

Kirstin Sauter – KV Landshut

„Welche Auswirkungen hat die Vergangenheit auf unsere Zukunft? Kann eine einzige Entscheidung alles Bisherige infrage stellen? Liegen Traum und Trauma wirklich so nah beieinander? „Der Papierpalast“ ist gewaltig und zieht einen in seinen Bann. Lässt einen die Leichtigkeit des Sommers und den Zwiespalt gleichzeitig spüren und man weiß am Ende nicht, was man sich für die Protagonistin Elle eigentlich wünscht.“



SEHENDEN AUGES – MUT ZUM STRATEGISCHEN KURSWECHSEL DR. STEFANIE BABST

Sven Hilgers – LV Berlin

„Seit Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine bewegt Menschen die Frage, wie es so weit kommen konnte. Die ehemalige NATO-Führungskraft Dr. Stefanie Babst zeichnet in ihrem Buch nicht nur nach, wie Putins Regime zunehmend aggressiver gegenüber westlichen Staaten agiert hat, sondern auch wie zögerlich Deutschland und die NATO auf eine Bedrohungslage reagierten. Aufbauend auf ihrer NATO-Erfahrung legt Babst kluge Vorschläge vor, wie wir jetzt auf den Krieg reagieren und künftig besser vorbereitet sein können.“



SENSEMAKING: THE POWER OF THE HUMANITIES IN THE AGE OF THE ALGORITHM CHRISTIAN MADSBJERG

Daniela Kluckert, MdB – Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Digitales und Verkehr

„Empfehlenswert, da es die Perspektive der menschlichen Intelligenz und das Verhalten in der Debatte um Daten, Algorithmen und KI beleuchtet. Es zeichnet ein positives Bild für das technologische Zeitalter und appelliert gleichzeitig an den Menschen, Daten und Algorithmen immer im Kontext zu sehen und zu verstehen.“



TEAM OF RIVALS DORIS KEARNS GOODWIN

Dr. Marco Buschmann, MdB – Bundesminister der Justiz

„Die Geschichte Abraham Lincolns, der aus einer Auswahl gnadenlos rivalisierender Politiker ein schlagkräftiges Team formte. Dieses bewährte sich aufgrund verschiedener Stärken in absoluten Ausnahmesituationen von Krieg und Frieden. Ungleiche Partner, die gemeinsam etwas voranbringen – ein inspirierendes Buch, nicht nur für Ampelkoalitionäre.“

Welches Buch haben Sie zuletzt gelesen oder verschenkt? Über welches haben Sie noch Tage später nachgedacht oder an welches erinnern Sie sich immer wieder? Haben auch Sie eine Literaturempfehlung für eine der nächsten Ausgaben? Dann schreiben Sie uns an: cvd@fdplus.de

HIER BEGINNT DEIN WEG mit den Freien Demokraten

Mit dem „Entry Program“ der FDP-Bundestagsfraktion möchten wir junge Talente frühzeitig entdecken, fördern und für die Arbeit im politischen Betrieb begeistern. Im Fokus steht daher, dass ihr euch ausprobieren und mitgestalten dürft und auf Augenhöhe eure Meinung einbringt.

Die Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag bietet im Rahmen des „Entry Programs“ folgende Möglichkeiten an:

- Ausbildung zur Bürokauffrau und zum Bürokaufmann
- Praktika für Studentinnen und Studenten
- Beschäftigung als Werkstudentin und Werkstudent
- Beschäftigung als Rechtsreferendarin und Rechtsreferendar
- FSJ Politik

**WEITERE INFORMATIONEN ZUM
PROGRAMM UND DER BEWERBUNG
FINDEST DU HIER:**

